

TOP 13:

Mitteilung der Kommission an das Europäische Parlament, den Rat, den Europäischen Wirtschafts- und Sozialausschuss und den Ausschuss der Regionen: Arbeitsprogramm der Kommission 2015 - Ein neuer Start

COM(2014) 910 final

Drucksache: 628/14 und zu 628/14 (neu)

Die Kommission hat in ihrer Mitteilung vom 16. Dezember 2014 ihr Arbeitsprogramm für 2015 veröffentlicht. Sie knüpft an die Strategische Agenda des Europäischen Rates vom Juni 2014 an und den sogenannten 10-Punkte-Plan des Kommissionspräsidenten Juncker über die politischen Prioritäten für 2015.

Die Planungen der Kommission ergeben sich aus vier Anhängen, die der Mitteilung beigelegt sind:

- aus Anhang I ergeben sich die geplanten neuen 23 Initiativen für 2015,
- die bereits vorliegenden 80 Vorschläge, die die Kommission zurücknehmen oder anpassen will, sind in Anhang II aufgelistet,
- 79 Maßnahmen zur besseren Rechtsetzung finden sich in Anhang III und
- weitere gesetzgeberische Maßnahmen, die 2015 in Kraft treten sollen, sind in Anhang IV enthalten.

Zu den zehn prioritären Politikbereichen der Kommission gehören im Einzelnen:

- neue Impulse für Arbeitsplätze, Wachstum und Investitionen,
- ein vernetzter digitaler Binnenmarkt,
- eine robuste Energieunion mit einer zukunftsorientierten Klimaschutzpolitik,
- ein vertiefter und fairerer Binnenmarkt mit gestärkter industrieller Basis,
- eine vertiefte und fairere Wirtschafts- und Währungsunion,

- ein vernünftiges und ausgewogenes Freihandelsabkommen mit den Vereinigten Staaten,
- auf gegenseitiges Vertrauen fußender Raum des Rechts und der Grundrechte,
- hin zu einer neuen Migrationspolitik,
- mehr Gewicht auf der internationalen Bühne und
- eine Union des demokratischen Wandels.

Die Politik der Kommission sei auf einen Wandel ausgerichtet. Bestehende Regeln sollen - so die Kommission - überarbeitet werden, damit sie zu Arbeitsplätzen und Wachstum beitragen und ohne überflüssige Bürokratie oder Verwaltungslasten den Bürgerinnen und Bürgern den erwarteten Nutzen bringen. Überholte oder nicht mit den Prioritäten übereinstimmende Regeln sollen auf den Prüfstand gestellt werden. Auch das Europäische Parlament und der Rat werden aufgerufen, ihre Arbeitsmethoden zu ändern. Es sollen gemeinsame Prioritäten für alle drei Organe festgelegt werden, um Entscheidungsprozesse zu beschleunigen, damit die positiven Auswirkungen der Vorschläge rasch bei den Bürgerinnen und Bürgern ankommen.

Die EU soll sich der Lösung der großen wirtschaftlichen und sozialen Probleme annehmen und sich bei den Themen, die besser auf Mitgliedstaatenebene gelöst werden können, weniger einmischen. Zudem soll die EU im Hinblick auf Inhalte und Methoden transparenter werden, um die Rechenschaft und Nachvollziehbarkeit des Handelns der EU zu verbessern. Überdies strebt die Kommission eine enge Partnerschaft mit den Mitgliedstaaten, den nationalen Parlamenten, den Regionen und den Kommunen an, um die Handhabung der bestehenden Instrumente und die Wirksamkeit der Maßnahmen vor Ort zu verbessern.

Die **Empfehlungen des EU-Ausschusses** sind aus der **Drucksache 628/1/14** ersichtlich.